

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Fraktion Die Linke**

## **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention am 24. Februar 2009 ratifiziert. Seit dem 26. März 2009 stellt die UN-Behindertenkonvention geltendes Recht auch im Freistaat Thüringen dar. Artikel 9 Absatz 1 der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet dazu Maßnahmen zu ergreifen, die Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zu physischen, digitalen und kommunikativen Angeboten ermöglichen. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft wird noch immer durch eine Vielzahl von Barrieren erschwert oder gar verhindert. Diese Barrieren reichen von fehlendem Bewusstsein für die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen über den Mangel an baulichen Anpassungen (zum Beispiel Aufzüge, Rampen) bis hin zu fehlender Einbindung und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den politischen Gremien.

Politische Mitbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erfordert nicht nur barrierefreie Zugänge, sondern auch ein starkes Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG), das sicherstellt, dass Menschen mit Behinderungen in den politischen Prozessen in den Kommunen in Thüringen eingebunden werden. Die im Jahr 2024 durch das Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie durchgeführte Evaluation des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat eine Vielzahl an Handlungsmaßnahmen dargelegt, die eine Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Thüringen ermöglichen und die Umsetzung des Gesetzesziels verbessern.

### **B. Lösung**

Die durch den Evaluationsbericht zum Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ausgemachten Steuerungsdefizite bei der Herstellung der Teilhabe und Mitsprache von Menschen mit Behinderungen in Thüringen werden durch den vorliegenden Gesetzentwurf behoben. Der Gesetzentwurf greift Handlungsmaßnahmen aus dem Evaluationsbericht auf und verbessert damit die Einhaltung des Gesetzesziels und kommt damit dem rechtlichen Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention, des Grundgesetzes und des Gleichstellungsgesetzes nach.

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Die mit der Gesetzesnovelle verbundenen konkreten Mehrkosten sind noch nicht abschätzbar.

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes  
zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Das Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 303), geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2020 (GVBl. S. 682), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Das Gesetz leistet einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen, indem es die Gleichberechtigung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fördert. Die Regelungen des Gesetzes sind im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention als höherrangiges Recht auszulegen.“

2. § 3 erhält folgende Fassung:

„§ 3  
Menschen mit Behinderung

Menschen mit einer Behinderung im Sinne dieses Gesetzes sind Menschen, die langfristig, körperliche, seelische, intellektuelle oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Als langfristig gilt in der Regel ein Zeitraum, der mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate andauert.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Benachteiligung“ durch das Wort „Diskriminierung“ ersetzt.
- b) In den Absätzen 1 bis 3 wird jeweils das Wort „Benachteiligung“ durch das Wort „Diskriminierung“ ersetzt.
- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
  - aa) In Satz 1 wird das Wort „Benachteiligung“ durch das Wort „Diskriminierung“ ersetzt.
  - bb) In Satz 3 wird das Wort „unverhältnismäßig“ durch das Wort „unzumutbaren“ ersetzt.
- d) In Absatz 5 wird das Wort „Benachteiligung“ durch das Wort „Diskriminierung“ ersetzt.

4. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 2 wird folgender neue Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die Erstellung der Maßnahmenpläne nach Absatz 2 hat anhand von Gütekriterien im Sinne der

UN-Behindertenrechtskonvention zu erfolgen. Näheres zu den Gütekriterien wird in einer Verordnung festgelegt.“

- b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden Absätze 4 und 5.

5. Nach § 6 wird folgender § 6a angefügt:

„§ 6a  
Normprüfungsverfahren

Bei der Erstellung von Gesetzentwürfen und dem Erlass von untergesetzlichen Regelungen sowie im bestehenden Recht ist sicherzustellen, dass diese Menschen mit Behinderungen nicht diskriminieren oder in ihrem Recht auf gleichberechtigte, volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft beeinträchtigen. Näheres zu den Regelungen der regelmäßigen Durchführung der Normenprüfung wird durch eine Verordnung festgelegt.“

6. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Benachteiligung“ durch das Wort „Diskriminierung“ ersetzt.
- b) In Absatz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Benachteiligung“ durch das Wort „Diskriminierung“ ersetzt.

7. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „unverhältnismäßig“ durch das Wort „unzumutbare“ ersetzt.
- b) Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Träger der öffentlichen Gewalt erstellen mindestens alle zwei Jahre Berichte über den Stand der Barrierefreiheit der von ihnen genutzten Liegenschaften und leiten diese an das für Bauwesen zuständige Ministerium weiter.“

8. § 11 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte „motorischen, sensorischen, kognitiven und sprachlichen Einschränkungen“ durch das Wort „Behinderung“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird nach dem Wort „Medien-“ das Wort „Verwaltungs-“ eingefügt.
- c) In Satz 3 werden nach dem Wort „Medien-“ die Worte „Lehr-, Verwaltungs-“ eingefügt.

9. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte „im Verwaltungsverfahren“ gestrichen.
- b) In Absatz 2 werden die Worte „unter Berücksichtigung der technischen, finanziellen und verwaltungsorganisatorischen Möglichkeiten“ gestrichen.

10. § 14 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „kognitiven Beeinträchtigungen“ durch die Worte „längerfristigen Beeinträchtigungen“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „sollen“ durch das Wort „müssen“ ersetzt und die Worte „auf Verlangen“ gestrichen.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Träger der öffentlichen Gewalt berücksichtigen die Belange von Menschen mit längerfristigen Beeinträchtigungen bei der Veröffentlichung und Herausgabe von Informationen.“

bb) In Satz 2 wird das Wort „sollen“ durch das Wort „müssen“ ersetzt.

c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Erfolgt seitens der Behörden die Bereitstellung fristgebundener Informationen nicht rechtzeitig in leichter Sprache, muss die Frist durch die Behörde in angemessenen Umfang verlängert werden.“

11. In § 20 Abs. 1 erhält Nummer 11 folgende Fassung:

„11. die Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen zu leiten.“

12. § 21 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender neue Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesbeirates für Menschen mit Behinderung wählen bei ihrem Berufungstermin aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen.“

b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und wie folgt geändert:

aa) Nach Satz 1 wird folgender neue Satz 2 eingefügt:

„Die Sitzungen des Landesbeirates müssen barrierefrei sein.“

bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

13. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte sowie kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern berufen für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich einen hauptamtlichen kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Neben diesen Beauftragten können die Landkreise, kreisfreien Städte, kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften für ihren Zuständigkeitsbereich einen Beirat für Menschen mit Behinderungen einrichten.“

b) Absatz 2 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Sie sollen jeweils dem Landrat, dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister oder dem Gemeinschaftsvorsitzenden direkt zugeordnet sein. Das Land trägt 100 von 100 der Kosten für Personal- und Sachausstattung.“

14. § 24 Abs. 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. gegen die Verpflichtung des Landes zur Herstellung der Barrierefreiheit nach § 10 Abs. 1 bis 5, § 12 Abs. 3 bis 6, §§13 und 14 oder“

## **Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:**

## A. Allgemeines

Echte Teilhabe setzt voraus, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet sind, dass alle Menschen gleichberechtigt an politischen Prozessen teilnehmen können. Doch besonders im Bereich Politische Teilhabe stoßen die Menschen in Thüringen auf große Hürden. Mit dem Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ist ein wichtiger Grundstein für die Teilhabe und Mitbestimmung gelegt. Gleichzeitig sind einzelne der Gesetzesparagrafen nicht ausreichend verbindlich, um eine vollumfängliche Teilhabe und Mitbestimmung in Thüringen zu ermöglichen und der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht zu werden. Es ist deshalb notwendig, entsprechende Änderungen vorzunehmen und damit Inklusion unserer Gesellschaft zu fördern.

## B. Zu den einzelnen Bestimmungen

## Zu Artikel 1:

## Zu Nummer 1

Artikel 1 Satz 2 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sieht vor, dass eine positive Zielformulierung im Gesetzestext Einzug finden muss. Mit dem neu eingefügten Absatz 3 soll dieser Vorschrift gerecht werden.

## Zu Nummer 2

Die Wortanpassungen dient der Harmonisierung des Gesetzeswortlautes mit der Terminologie der UN-Behindertenrechtskonvention.

## Zu Nummer 3

Die Wortanpassungen in den Absätzen 1 bis 5 sowie in der Bezeichnung des Paragrafen an sich dienen der Harmonisierung des Gesetzeswortlautes mit der Terminologie der UN-Behindertenrechtskonvention.

## Zu Nummer 4

Durch die in § 6 forcierte Einfügung eines neuen Absatzes 3 soll die Erstellung der Maßnahmenpläne mithilfe einer Anwendung von Gütekriterien im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention transparenter und rechtskonformer mit der UN-Behindertenrechtskonvention gestaltet werden. Als Basis für die Aufstellung der Gütekriterien in der Verordnung können die Befunde des Forschungsprojekts „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“ herangezogen werden.

## Zu Nummer 5

Der neu eingefügte § 6a ergänzt den Allgemeinen Teil des Gesetzes um eine Regelung für ein Normprüfungsverfahren, welches sicherstellen soll, dass Gesetzestexte Menschen mit Behinderung nicht diskriminieren. Die Regelung findet bereits erfolgreich Anwendung in § 8 Abs. 4 des Gesetzes über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderungen des Landes Berlin (LGBG).

Zu Nummer 6

Die Wortanpassungen dient der Harmonisierung des Gesetzeswortlautes mit der Terminologie der UN-Behindertenrechtskonvention.

Zu Nummer 7

Die Wortanpassung in Absatz 1 dient der Konkretisierung der Ausnahmeregelung für die Umsetzungsverpflichtung der im Paragrafen geregelten Barrierefreiheit in Bau und Verkehr. Die bisherige Anwendung des Begriffes „unverhältnismäßig“ wird im Kontext des Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention als nicht vereinbar eingestuft.

Zu Nummer 8

Der in Satz 1 angepasste Wortlaut ersetzt die vorherige Aufzählung der Behinderungsarten und verhindert somit einerseits die besondere Hervorhebung bestimmter Behinderungsarten und andererseits einen Ausschluss bestimmter Personen mit einer Behinderung, die durch die Einschränkung mit der Aufzählung entstehen.

Die in Satz 2 und 3 vorgenommene Ergänzung der Verwaltungs- oder Lehrberufe soll Berücksichtigungslücken schließen, die durch die jetzige Formulierung im Gesetz entstehen.

Zu Nummer 9

Die in Absatz 1 Satz 2 vorgenommene Streichung soll die Einschränkung der Inanspruchnahme ausschließlich auf das Verwaltungsverfahren aufheben und damit auch andere Verfahrensarten einschließen.

Die in Absatz 2 vorgenommene Streichung schließt ein Einfallstor für Auslegungsspielräume.

Zu Nummer 10

Die in Absatz 1 und 2 vorgenommenen Streichungen und der Verschärfung der Kann und Soll-Regelung zu einer Mussregelung dient dem Zweck, die Verpflichtung zur Verständigung in leichter Sprache nachzubessern und mögliche Auslegungsspielräume zu verringern.

Zu Nummer 11

Mit der vorgenommenen Änderung des Absatzes 1 Nummer 11 soll die Zuständigkeit des Landesbeauftragten auf die Leitung der Geschäftsstelle eingeschränkt werden und es dem Landesbehindertenbeirat selbst überlassen sein, seinen Vorsitz zu wählen.

Zu Nummer 12

In Zusammenhang mit der vorher ausgeführten Änderung des § 20 Absatz 1 Nummer 11 soll nunmehr in § 21 ein neuer Absatz 4 eingefügt werden, der regelt, dass der Landesbeirat einen Vorsitz aus seiner Mitte wählt.

Weiterhin wird in ehemals Absatz 5 und nun Absatz 6 festgelegt, dass die Sitzungen des Landesbeirates barrierefrei zu gestalten sind. Um eine Teilnahme aller Berechtigten an den Sitzungen zu ermöglichen ist dies zwingend geboten.

Zu Nummer 13

Um Maßnahmen für eine inklusive Gesellschaft thüringenweit zu fördern, bedarf es einer flächendeckenden Verpflichtung zur Einführung kommunaler Beauftragter für Menschen mit Behinderung. Die Änderung des Absatz 1 in § 22 sieht deshalb die Verschärfung der Verpflichtung der Einführung kommunaler Beauftragter ab einer Einwohnerzahl von 10.000 vor. Die Verpflichtung zur hauptamtlichen Bestellung soll dabei sicherstellen, dass alle nach dem Gesetz vorgesehenen Aufgaben durch die kommunalen Beauftragten wahrgenommen werden können.

Die in Absatz 2 Satz 2 eingeführte Konkretisierung der Kostenübernahme für den Personal- und Sachkostenbedarf durch das Land soll dem verfassungsrechtlichen Grundsatz des Ausgleichs von Mehrbelastungen gemäß Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen Rechnung tragen.

Zu Nummer 14

Die Anpassung des Absatz 1 Nummer 2 ist die Behebung eines redaktionellen Fehlers.

Zu Artikel 2:

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten der Änderungen. Die neugefassten Regelungen erfordern keinen zeitlichen Vorlauf, um ihre Umsetzung sicherzustellen, wie zum Beispiel technische Nachrüstungen. Deshalb kann das Inkrafttreten auf den Tag nach der Verkündung festgelegt werden.

Für die Fraktion:

Mitteldorf

Anlage\*

\* Auf einen Abdruck der Anlage wird verzichtet. Die Anlage steht unter der oben genannten Drucksachenummer elektronisch im Abgeordneteninformationssystem und in der Parlamentsdokumentation unter der Internetadresse [www.parldok.thueringer-landtag.de](http://www.parldok.thueringer-landtag.de) zur Verfügung. Die Fraktionen und die Landtagsbibliothek erhalten je ein Exemplar der Anlage in der Papierfassung.

Synopse „Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“

Alt	Neu
<p><b>§ 1</b> <b>Ziel des Gesetzes</b></p> <p>(1) Ziel des Gesetzes ist es, durch die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1420) den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Dabei wird ihren besonderen Bedarfen Rechnung getragen.</p> <p>(2) Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.</p>	<p><b>§ 1</b> <b>Ziel des Gesetzes</b></p> <p>(1) Ziel des Gesetzes ist es, durch die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1420) den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Dabei wird ihren besonderen Bedarfen Rechnung getragen.</p> <p>(2) Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.</p> <p>(3) Das Gesetz leistet einen wichtigen Beitrag bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen, indem es die Gleichberechtigung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen fördert. Die Regelungen des Gesetzes sind im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention als höherrangiges Recht auszulegen.</p>
<p><b>§2</b> <b>Geltungsbereich</b></p> <p>Dieses Gesetz gilt für das Land und die kommunalen Gebietskörperschaften, deren Behörden und Dienststellen einschließlich der Justizverwaltung und den Rechnungshof, für die landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 105 der Thüringer Landeshaushaltsordnung sowie für Beliehene und sonstige Landesorgane, soweit sie öffentlichrechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen (Träger der öffentlichen Gewalt). Das Gesetz gilt für den Landtag, soweit er öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt.</p>	<p><i>(Keine Änderungen vorgesehen)</i></p>

<p><b>§ 3</b> <b>Menschen mit Behinderungen</b> Menschen mit Behinderungen im Sinne dieses Gesetzes sind Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Als langfristig gilt ein Zeitraum, der mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate andauert.</p>	<p><b>§3</b> <b>Menschen mit Behinderung</b> Menschen mit einer Behinderung im Sinne dieses Gesetzes sind Menschen, die langfristig, körperliche, seelische, intellektuelle oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Als langfristig gilt in der Regel ein Zeitraum, der mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate andauert.“</p>
<p><b>§ 4</b> <b>Benachteiligung</b> (1) Eine Benachteiligung im Sinne dieses Gesetzes ist jede nicht gerechtfertigte Gleich- oder Ungleichbehandlung. Insbesondere umfasst diese jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund einer Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass der gleichberechtigte Genuss aller Rechte beeinträchtigt oder vereitelt wird. (2) Eine unmittelbare Benachteiligung im Sinne des Absatzes 1 liegt vor, wenn eine Person aufgrund einer Behinderung eine weniger günstige Behandlung erfährt, erfahren hat oder erfahren würde als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation. (3) Eine mittelbare Benachteiligung liegt vor, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen aufgrund einer Behinderung gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn, die betreffenden Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt und die Mittel sind zur Erreichung dieses Zieles angemessen und erforderlich. (4) Die Versagung von angemessenen Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen ist eine Benachteiligung</p>	<p><b>§ 4</b> <b>Diskriminierung</b> (1) Eine Diskriminierung im Sinne dieses Gesetzes ist jede nicht gerechtfertigte Gleich- oder Ungleichbehandlung. Insbesondere umfasst diese jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund einer Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass der gleichberechtigte Genuss aller Rechte beeinträchtigt oder vereitelt wird. (2) Eine unmittelbare Diskriminierung im Sinne des Absatzes 1 liegt vor, wenn eine Person aufgrund einer Behinderung eine weniger günstige Behandlung erfährt, erfahren hat oder erfahren würde als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation. (3) Eine mittelbare Diskriminierung liegt vor, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen aufgrund einer Behinderung gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn, die betreffenden Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt und die Mittel sind zur Erreichung dieses Zieles angemessen und erforderlich. (4) Die Versagung von angemessenen Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen ist eine Diskriminierung</p>

<p>im Sinne dieses Gesetzes. Angemessene Vorkehrungen sind Maßnahmen, die im Einzelfall geeignet und erforderlich sind, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen ihre Rechte wahrnehmen können. Derartige Vorkehrungen sind als angemessen zu betrachten, wenn das für den Träger der öffentlichen Gewalt nicht mit einer unverhältnismäßigen Belastung verbunden ist.</p> <p>(5) Besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Benachteiligung im Sinne dieses Gesetzes.</p>	<p>im Sinne dieses Gesetzes. Angemessene Vorkehrungen sind Maßnahmen, die im Einzelfall geeignet und erforderlich sind, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen ihre Rechte wahrnehmen können. Derartige Vorkehrungen sind als angemessen zu betrachten, wenn das für den Träger der öffentlichen Gewalt nicht mit einer unzumutbaren Belastung verbunden ist.</p> <p>(5) Besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Gesetzes.</p>
<p><b>§ 5</b> <b>Barrierefreiheit</b></p> <p>Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Straßen, Wege, Plätze, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, insbesondere Dienstleistungen, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind.</p> <p>Zur Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit gehört auch die Gewährleistung der Verständlichkeit von Informationen, die Bildillustrationen mit einschließt. Eine besondere Erschwernis liegt auch dann vor, wenn Menschen mit Behinderungen die Mitnahme oder der Einsatz benötigter Hilfsmittel.</p>	<p style="text-align: center;"><i>(Keine Änderungen vorgesehen)</i></p>
<p><b>§ 6</b> <b>Umsetzung von Inklusion und Gleichstellung</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Gewalt sind verpflichtet, die in § 1 Abs. 1 genannten Ziele im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabenbereichs umzusetzen, sich aktiv dafür einzusetzen und die besonderen Verpflichtungen</p>	<p><b>§ 6</b> <b>Umsetzung von Inklusion und Gleichstellung</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Gewalt sind verpflichtet, die in § 1 Abs. 1 genannten Ziele im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabenbereichs umzusetzen, sich aktiv dafür einzusetzen und die besonderen Verpflichtungen</p>

<p>dieses Gesetzes einzuhalten. Sie wirken darauf hin, dass auch Vereinigungen, Einrichtungen und juristische Personen des Privatrechts, deren Anteile sich unmittelbar oder mittelbar ganz oder überwiegend in ihrer Hand befinden, diese Ziele in angemessener Weise berücksichtigen.</p> <p>(2) Das Land, sowie im eigenen Wirkungskreis die Landkreise und kreisfreien Städte, erstellen Maßnahmenpläne zur Erreichung der in § 1 Abs. 1 genannten Ziele unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Interessenvertretungen. Der Landtag ist seiner verfassungsrechtlichen Stellung entsprechend an der Erstellung der Maßnahmenpläne des Landes zu beteiligen. Die Maßnahmenpläne sollen einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren umfassen und sind im Rahmen eines fortlaufenden Beteiligungsprozesses spätestens nach Ablauf dieses Zeitraums fortzuschreiben. Der Landtag, der jeweilige Kreistag oder der jeweilige Stadtrat wird über die Erfüllung des jeweils für das Gebiet erstellten Maßnahmenplans sowie dessen Fortschreibung informiert. Die Landkreise und kreisfreien Städte informieren den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen über die Erstellung und Fortschreibung von Maßnahmenplänen. Gemeinden können Maßnahmenpläne erstellen.</p> <p>(3) Die Landkreise und kreisfreien Städte erstellen die Maßnahmenpläne erstmalig im Jahr 2023.</p> <p>(4) Empfänger öffentlicher Zuwendungen können nach Maßgabe der jeweiligen haushalts- und förderrechtlichen Bestimmungen verpflichtet werden, die in § 1 Abs. 1 genannten Ziele zu beachten.</p>	<p>dieses Gesetzes einzuhalten. Sie wirken darauf hin, dass auch Vereinigungen, Einrichtungen und juristische Personen des Privatrechts, deren Anteile sich unmittelbar oder mittelbar ganz oder überwiegend in ihrer Hand befinden, diese Ziele in angemessener Weise berücksichtigen.</p> <p>(2) Das Land, sowie im eigenen Wirkungskreis die Landkreise und kreisfreien Städte, erstellen Maßnahmenpläne zur Erreichung der in § 1 Abs. 1 genannten Ziele unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihrer Interessenvertretungen. Der Landtag ist seiner verfassungsrechtlichen Stellung entsprechend an der Erstellung der Maßnahmenpläne des Landes zu beteiligen. Die Maßnahmenpläne sollen einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren umfassen und sind im Rahmen eines fortlaufenden Beteiligungsprozesses spätestens nach Ablauf dieses Zeitraums fortzuschreiben. Der Landtag, der jeweilige Kreistag oder der jeweilige Stadtrat wird über die Erfüllung des jeweils für das Gebiet erstellten Maßnahmenplans sowie dessen Fortschreibung informiert. Die Landkreise und kreisfreien Städte informieren den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen über die Erstellung und Fortschreibung von Maßnahmenplänen. Gemeinden können Maßnahmenpläne erstellen.</p> <p>(3) Die Erstellung der Maßnahmenpläne nach Absatz 2 hat anhand von Gütekriterien im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfolgen. Näheres zu den Gütekriterien wird in einer Verordnung festgelegt.</p> <p>(4) Die Landkreise und kreisfreien Städte erstellen die Maßnahmenpläne erstmalig im Jahr 2023.</p> <p>(5) Empfänger öffentlicher Zuwendungen können nach Maßgabe der jeweiligen haushalts- und förderrechtlichen Bestimmungen verpflichtet werden, die in § 1 Abs. 1 genannten Ziele zu beachten.</p>
/	§6a Normprüfungsverfahren

	<p>Bei der Erstellung von Gesetzentwürfen und dem Erlass von untergesetzlichen Regelungen sowie im bestehenden Recht ist sicherzustellen, dass diese Menschen mit Behinderungen nicht diskriminieren oder in ihrem Recht auf gleichberechtigte, volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft beeinträchtigen. Näheres zu den Regelungen der regelmäßigen Durchführung der Normenprüfung wird durch eine Verordnung festgelegt.</p>
<p><b>§ 7 Gleichstellungsgebot</b>  (1) Bei der Anwendung von Rechtsvorschriften ist zur Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter den besonderen Belangen von Frauen mit Behinderungen Rechnung zu tragen. Ebenfalls ist die erhöhte Gefahr einer Intersektionalität von Frauen mit Behinderungen besonders zu berücksichtigen, um Benachteiligungen von Frauen mit Behinderungen wegen mehrerer Gründe zu vermeiden oder bestehende Benachteiligungen zu beseitigen. Das Thüringer Gleichstellungsgesetz vom 6. März 2013 (GVBl. S. 49) in der jeweils geltenden Fassung bleibt hiervon unberührt.  (2) Die Pflege von Menschen mit Behinderungen soll auf deren Wunsch nach Möglichkeit von einer Person gleichen Geschlechts durchgeführt werden.</p>	<p><i>(Keine Änderungen vorgesehen)</i></p>
<p><b>§ 8 Benachteiligungsverbot</b>  (1) Die Träger der öffentlichen Gewalt dürfen niemanden aufgrund einer Behinderung benachteiligen. Erfolgt eine Benachteiligung aufgrund von Behinderungen und wegen anderer Gründe, so kann eine unterschiedliche Behandlung nur gerechtfertigt werden, wenn sich die Rechtfertigung auf alle diese Gründe erstreckt, derentwegen die unterschiedliche Behandlung erfolgt.  (2) Macht ein Mensch mit Behinderungen eine Benachteiligung durch einen Träger der öffentlichen Gewalt glaubhaft, so muss der Träger beweisen, dass diese Benachteiligung nicht vorliegt, sie durch</p>	<p><b>§ 8 Diskriminierungsverbot</b>  (1) Die Träger der öffentlichen Gewalt dürfen niemanden aufgrund einer Behinderung benachteiligen. Erfolgt eine Diskriminierung aufgrund von Behinderungen und wegen anderer Gründe, so kann eine unterschiedliche Behandlung nur gerechtfertigt werden, wenn sich die Rechtfertigung auf alle diese Gründe erstreckt, derentwegen die unterschiedliche Behandlung erfolgt.  (2) Macht ein Mensch mit Behinderungen eine Diskriminierung durch einen Träger der öffentlichen Gewalt glaubhaft, so muss der Träger beweisen, dass diese Benachteiligung nicht vorliegt, sie durch</p>

<p>zwingende Gründe geboten ist oder hierfür nicht auf die Behinderung bezogene, sachliche Gründe vorliegen.  (3) Besondere Benachteiligungsverbote zugunsten von Menschen mit Behinderungen in anderen Rechtsvorschriften, insbesondere im Neunten Buch Sozialgesetzbuch, bleiben unberührt.</p>	<p>zwingende Gründe geboten ist oder hierfür nicht auf die Behinderung bezogene, sachliche Gründe vorliegen.  (3) Besondere Benachteiligungsverbote zugunsten von Menschen mit Behinderungen in anderen Rechtsvorschriften, insbesondere im Neunten Buch Sozialgesetzbuch, bleiben unberührt.</p>
<p><b>§ 9</b>  <b>Grundsätzliche Aufgaben</b>  (1) Die Träger der öffentlichen Gewalt prüfen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie bei politischen Konzepten zur Durchführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, die Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen und stellen deren Gleichstellung sicher. Dabei haben sie die jeweils zuständige für Menschen mit Behinderungen beauftragte Person einzubeziehen.  (2) Die Träger der öffentlichen Gewalt treffen Maßnahmen zur Aufklärung ihrer Beschäftigten im Rahmen der Weiterbildung mit dem Ziel, das Verständnis und die Akzeptanz für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu fördern.</p>	<p style="text-align: center;"><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>
<p><b>§ 10</b>  <b>Herstellung der Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr</b>  (1) Neubauten sowie Um- oder Erweiterungsbauten der Träger der öffentlichen Gewalt sind nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften barrierefrei zu gestalten; dies gilt auch für die nicht öffentlich zugänglichen Bereiche, soweit damit keine unverhältnismäßige Belastung verbunden ist. Bestandsgebäude der Träger der öffentlichen Gewalt, die öffentlich zugänglich sind, sollen nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften barrierefrei gestaltet werden, soweit damit keine unverhältnismäßige Belastung</p>	<p><b>§ 10</b>  <b>Herstellung der Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr</b>  (1) Neubauten sowie Um- oder Erweiterungsbauten der Träger der öffentlichen Gewalt sind nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften barrierefrei zu gestalten; dies gilt auch für die nicht öffentlich zugänglichen Bereiche, soweit damit keine unzumutbare Belastung verbunden ist. Bestandsgebäude der Träger der öffentlichen Gewalt, die öffentlich zugänglich sind, sollen nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften barrierefrei gestaltet werden, soweit damit keine unzumutbare Belastung</p>

verbunden ist.

(2) Die Träger der öffentlichen Gewalt erstellen Berichte über den Stand der Barrierefreiheit der von ihnen genutzten Liegenschaften bis zum 30. Juni 2022 und leiten diese an das für Bauwesen zuständige

Ministerium weiter. Bei der Erfassung des Standes der Barrierefreiheit der Bestandsgebäude können in begründeten Einzelfällen im Einvernehmen mit dem für Bauwesen zuständigen Ministerium

und nach Anhörung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen einzelne genutzte Liegenschaften von der Betrachtung ausgenommen werden.

(3) Die Träger der öffentlichen Gewalt sollen anlässlich der Durchführung von investiven Baumaßnahmen

nach Absatz 1 Satz 1 bauliche Barrieren in den nicht von diesen Baumaßnahmen unmittelbar betroffenen

Gebäudeteilen feststellen und unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten abbauen,

soweit mit dem Abbau keine unverhältnismäßige Belastung verbunden ist sowie dieser den Um-

fang der durchzuführenden investiven Baumaßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 nicht wesentlich übersteigt

und deren Ausführung nicht wesentlich beeinträchtigt.

(4) Die Träger der öffentlichen Gewalt sind verpflichtet, die

Barrierefreiheit bei Anmietungen der von

ihnen genutzten Bauten zu berücksichtigen. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen nur barrierefreie

Bauten oder Bauten, in denen die baulichen Barrieren unter

Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten

abgebaut werden können, angemietet werden, soweit deren Anmietung keine unverhältnismäßige

Belastung zur Folge hätte. Bauliche Barrierefreiheit muss nicht vorliegen, wenn eine Anmietung

lediglich kurzzeitig beziehungsweise konkret bedarfsorientiert erfolgen soll.

(5) Sonstige bauliche oder andere Anlagen der Träger der öffentlichen Gewalt, öffentliche Wege, Plätze

verbunden ist.

(2) Die Träger der öffentlichen Gewalt erstellen mindestens alle zwei Jahre Berichte über den Stand der Barrierefreiheit der von ihnen genutzten Liegenschaften und leiten diese an das für Bauwesen zuständige Ministerium weiter. Bei der Erfassung des Standes der Barrierefreiheit der Bestandsgebäude können

in begründeten Einzelfällen im Einvernehmen mit dem für Bauwesen zuständigen Ministerium

und nach Anhörung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen einzelne genutzte Liegenschaften von der Betrachtung ausgenommen werden.

(3) Die Träger der öffentlichen Gewalt sollen anlässlich der Durchführung von investiven Baumaßnahmen

nach Absatz 1 Satz 1 bauliche Barrieren in den nicht von diesen Baumaßnahmen unmittelbar betroffenen

Gebäudeteilen feststellen und unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten abbauen,

soweit mit dem Abbau keine unverhältnismäßige Belastung verbunden ist sowie dieser den Um-

fang der durchzuführenden investiven Baumaßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 nicht wesentlich übersteigt

und deren Ausführung nicht wesentlich beeinträchtigt.

(4) Die Träger der öffentlichen Gewalt sind verpflichtet, die Barrierefreiheit bei Anmietungen der von

ihnen genutzten Bauten zu berücksichtigen. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes sollen nur barrierefreie

Bauten oder Bauten, in denen die baulichen Barrieren unter Berücksichtigung der baulichen Gegebenheiten

abgebaut werden können, angemietet werden, soweit deren Anmietung keine unverhältnismäßige

Belastung zur Folge hätte. Bauliche Barrierefreiheit muss nicht vorliegen, wenn eine Anmietung

lediglich kurzzeitig beziehungsweise konkret bedarfsorientiert erfolgen soll.

(5) Sonstige bauliche oder andere Anlagen der Träger der öffentlichen Gewalt, öffentliche Wege, Plätze

<p>und Straßen sowie öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen und Beförderungsmittel im öffentlichen Personenverkehr sind nach Maßgabe der einschlägigen Rechtsvorschriften barrierefrei zu gestalten.</p> <p>(6) Die Landesregierung prüft mit Unterstützung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und den Verbänden und Institutionen der Menschen mit Behinderungen regelmäßig den Aktualisierungs- und Anpassungsbedarf der einschlägigen Rechtsvorschriften in den Bereichen Bau und Verkehr und berichtet dem Landtag einmal in der Legislaturperiode über das Ergebnis der Prüfung.</p>	<p>und Straßen sowie öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen und Beförderungsmittel im öffentlichen Personenverkehr sind nach Maßgabe der einschlägigen Rechtsvorschriften barrierefrei zu gestalten.</p> <p>(6) Die Landesregierung prüft mit Unterstützung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und den Verbänden und Institutionen der Menschen mit Behinderungen regelmäßig den Aktualisierungs- und Anpassungsbedarf der einschlägigen Rechtsvorschriften in den Bereichen Bau und Verkehr und berichtet dem Landtag einmal in der Legislaturperiode über das Ergebnis der Prüfung.</p>
<p><b>§ 11</b> <b>Berücksichtigung der Inklusion in der Ausbildung</b></p> <p>Im Rahmen der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung sind soweit möglich die Belange von Menschen mit motorischen, sensorischen, kognitiven und sprachlichen Einschränkungen sowie die Anforderungen der Inklusion zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere bei der beruflichen Ausbildung der Architektur-, Bau-, Verkehrs-, Medien-, Informatik-, Lehr-, Sozial- und Gesundheitsberufe. Im Bereich der beruflichen Ausbildung der Architektur-, Bau-, Verkehrs-, Medien- und Informatikberufe sind zu den jeweiligen Anforderungen der Barrierefreiheit verpflichtende Leistungsnachweise vorzusehen. Das Land vereinbart mit seinen landesunmittelbaren Ausbildungsstätten Näheres über Inhalt und Umfang der zur Erfüllung nach den Sätzen 1 bis 3 zu beachtenden Verpflichtungen. Die Sätze 3 und 4 gelten nicht für die Hochschulen des Landes.</p>	<p><b>§ 11</b> <b>Berücksichtigung der Inklusion in der Ausbildung</b></p> <p>Im Rahmen der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung sind soweit möglich die Belange von Menschen mit Behinderung sowie die Anforderungen der Inklusion zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere bei der beruflichen Ausbildung der Architektur-, Bau-, Verkehrs-, Medien-, Verwaltungs-, Informatik-, Lehr-, Sozial- und Gesundheitsberufe. Im Bereich der beruflichen Ausbildung der Architektur-, Bau-, Verkehrs-, Medien-, Lehr-, Verwaltungs- und Informatikberufe sind zu den jeweiligen Anforderungen der Barrierefreiheit verpflichtende Leistungsnachweise vorzusehen. Das Land vereinbart mit seinen landesunmittelbaren Ausbildungsstätten Näheres über Inhalt und Umfang der zur Erfüllung nach den Sätzen 1 bis 3 zu beachtenden Verpflichtungen. Die Sätze 3 und 4 gelten nicht für die Hochschulen des Landes.</p>
<p><b>§ 12</b> <b>Recht auf Verwendung von Gebärdensprache oder anderen Kommunikationsformen</b></p> <p>(1) Die Deutsche Gebärdensprache ist als eigenständige Sprache anerkannt.</p>	

(2) Lautsprachbegleitende Gebärden sind als Kommunikationsform der deutschen Sprache anerkannt.

(3) Menschen mit Hörbeeinträchtigungen und Menschen mit Sprachbeeinträchtigungen haben nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 6 gegenüber den Trägern der öffentlichen Gewalt zur Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren das Recht, in Deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden, durch Lormen, mit Hilfe von Schriftdolmetschern oder mit anderen geeigneten Kommunikationshilfen zu kommunizieren.

(4) Die Träger der öffentlichen Gewalt haben auf Wunsch der Berechtigten nach Absatz 3 im notwendigen Umfang die Übersetzung durch einen Gebärdensprachdolmetscher oder die Verständigung mit anderen geeigneten Kommunikationshilfen sicherzustellen und die notwendigen Aufwendungen nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 6 zu tragen. Sie haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des Bedarfs die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

(5) Eltern mit Hörbeeinträchtigungen oder Sprachbeeinträchtigungen mit Wohnsitz in Thüringen werden nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 6 auf Antrag die notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit der Schule in Deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden, durch Lormen oder mit anderen geeigneten Kommunikationshilfen erstattet, soweit die entsprechende Kommunikation nicht durch die Schule sichergestellt werden kann. Der Anspruch auf Erstattung der Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Schule ist gegenüber dem für die Schule zuständigen Schulamt geltend zu machen. Eltern mit Hör- oder Sprachbeeinträchtigungen mit Wohnsitz in Thüringen werden nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 6 auf Antrag die notwendigen

*(keine Änderungen vorgesehen)*

<p>Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Kindertageseinrichtung in Deutscher Gebärdensprache, mit lautsprachbegleitenden Gebärden oder über andere geeignete Kommunikationshilfen nach Maßgabe des SGB VIII beziehungsweise Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) erstattet. Der Anspruch für die Erstattung der notwendigen Aufwendungen für die Kommunikation mit einer Kindertageseinrichtung richtet sich gegen den Landkreis oder die kreisfreie Stadt, als örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, in deren Zuständigkeitsbereich das Kind die Kindertageseinrichtung besucht.</p> <p>(6) Die Landesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anlass und Umfang des Anspruchs auf Bereitstellung eines Gebärdensprachdolmetschers oder anderer geeigneter Kommunikationshilfen,</li> <li>2. Art und Weise der Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschern oder anderen geeigneten Kommunikationshilfen für die Kommunikation zwischen Menschen mit Hörbeeinträchtigungen oder Sprachbeeinträchtigungen und den Trägern der öffentlichen Gewalt,</li> <li>3. die Grundsätze für eine angemessene Vergütung oder eine Erstattung von notwendigen Aufwendungen für die Dolmetscherdienste oder den Einsatz anderer geeigneter Kommunikationshilfen und</li> <li>4. Kommunikationsformen, die als andere geeignete Kommunikationshilfen im Sinne der Absätze 3 bis 6 Nr. 1 bis 3 anzusehen sind.</li> </ol>	
<p><b>§ 13</b>  <b>Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken</b>  (1) Die Träger der öffentlichen Gewalt haben bei der Gestaltung von Bescheiden, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtlichen Verträgen und Vordrucken Belange von Menschen mit Behinderungen zu</p>	<p><b>§ 13</b>  <b>Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken</b>  (1) Die Träger der öffentlichen Gewalt haben bei der Gestaltung von Bescheiden, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtlichen Verträgen und Vordrucken Belange von Menschen mit Behinderungen zu</p>

<p>berücksichtigen. Blinde und Menschen mit Sehbeeinträchtigungen können zur Wahrnehmung eigener Rechte im Verwaltungsverfahren nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 2 verlangen, dass ihnen Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke ohne zusätzliche Kosten barrierefrei zugänglich gemacht werden. Bestimmungen über Form, Bekanntmachung und Zustellung von Verwaltungsakten bleiben unberührt.</p> <p>(2) Die Landesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung unter Berücksichtigung der technischen, finanziellen und verwaltungsorganisatorischen Möglichkeiten, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Art und Weise die in Absatz 1 genannten Dokumente Blinden, Menschen mit Sehbeeinträchtigungen und Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen zugänglich gemacht werden.</p> <p>(3) Rechtsverordnungen nach diesem Gesetz gelten für den Landtag nur nach Maßgabe einer Umsetzungsanordnung des Präsidenten des Landtags.</p>	<p>berücksichtigen. Blinde und Menschen mit Sehbeeinträchtigungen können zur Wahrnehmung eigener Rechte nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 2 verlangen, dass ihnen Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke ohne zusätzliche Kosten barrierefrei zugänglich gemacht werden. Bestimmungen über Form, Bekanntmachung und Zustellung von Verwaltungsakten bleiben unberührt.</p> <p>(2) Die Landesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung unter welchen Voraussetzungen und in welcher Art und Weise die in Absatz 1 genannten Dokumente Blinden, Menschen mit Sehbeeinträchtigungen und Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen zugänglich gemacht werden.</p> <p>(3) Rechtsverordnungen nach diesem Gesetz gelten für den Landtag nur nach Maßgabe einer Umsetzungsanordnung des Präsidenten des Landtags.</p>
<p><b>§ 14</b> <b>Verständlichkeit und Leichte Sprache</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Gewalt müssen mit Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in einfacher und leicht verständlicher Sprache kommunizieren. Insbesondere sollen sie diesen Menschen auf Verlangen Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke ohne zusätzliche Kosten in einfacher und leicht verständlicher Art und Weise erklären. Diese Erklärung kann durch die Träger der öffentlichen Gewalt sowohl in mündlicher Form als auch in schriftlicher Form in Leichter Sprache erfolgen.</p> <p>(2) Die Träger der öffentlichen Gewalt berücksichtigen die Belange von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen und Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen bei der Veröffentlichung und Herausgabe</p>	<p><b>§ 14</b> <b>Verständlichkeit und Leichte Sprache</b></p> <p>(1) Die Träger der öffentlichen Gewalt müssen mit Menschen mit längerfristigen Beeinträchtigungen in einfacher und leicht verständlicher Sprache kommunizieren. Insbesondere müssen sie diesen Menschen Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke ohne zusätzliche Kosten in einfacher und leicht verständlicher Art und Weise erklären. Diese Erklärung kann durch die Träger der öffentlichen Gewalt sowohl in mündlicher Form als auch in schriftlicher Form in Leichter Sprache erfolgen.</p> <p>(2) Die Träger der öffentlichen Gewalt berücksichtigen die Belange von Menschen mit längerfristigen Beeinträchtigungen bei der Veröffentlichung und Herausgabe von Informationen. Sie sollen durch Weiterbildung ihrer Mitarbeiter darauf hinwirken, dass entsprechende Kompetenzen</p>

<p>von Informationen, die sich speziell an Menschen mit Behinderungen im Sinne des § 3 richten.          Sie sollen durch Weiterbildung ihrer Mitarbeiter darauf hinwirken, dass entsprechende Kompetenzen für das Verfassen von Texten in Leichter Sprache auf- beziehungsweise ausgebaut werden.</p>	<p>für das Verfassen von Texten in Leichter Sprache auf- beziehungsweise ausgebaut werden.          (3) Erfolgt seitens der Behörden die Verfügung-Stellung fristgebundener Informationen nicht rechtzeitig in leichter Sprache, muss die Frist durch die Behörde in angemessenen Umfang verlängert werden.</p>
<p><b>§ 15 Zielvereinbarungen</b>          (1) Soweit nicht gesetzliche oder verordnungsrechtliche Vorschriften entgegenstehen, können zur Herstellung der Barrierefreiheit zwischen Landesverbänden von Menschen mit Behinderungen oder den Beauftragten nach den §§ 17 oder 23 Abs. 1 Satz 1 einerseits und Unternehmen oder Unternehmensverbänden der verschiedenen Wirtschaftsbranchen sowie den Trägern der öffentlichen Gewalt andererseits für den jeweiligen sachlichen und räumlichen Organisations- oder Tätigkeitsbereich der Beteiligten Zielvereinbarungen getroffen werden.          (2) Die Zielvereinbarungen sind an das Zielvereinbarungsregister zu melden, das von der Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen geführt wird.</p>	<p style="text-align: center;"><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>
<p><b>§ 16 Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen</b>          (1) Der Landtag wählt einen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in geheimer Wahl mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Vorschlagsberechtigt sind die Fraktionen des Landtags und der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen. Eine Aussprache findet nicht statt. Wählbar ist, wer in den Thüringer Landtag gewählt werden kann.          (2) Der Landesbeauftragte soll ein Mensch mit Behinderung sein.          (3) Die Amtszeit des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen beträgt sechs Jahre. Einmalige Wiederwahl ist zulässig.</p>	<p style="text-align: center;"><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>
<p><b>§ 17 Abberufung und Entlassung</b></p>	<p style="text-align: center;"><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>

(1) Der Landtag kann auf Antrag einer Fraktion oder eines Drittels der Mitglieder des Landtags den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder abberufen. Die Abstimmung über den Antrag auf Abberufung hat frühestens zwei Wochen und spätestens vier Wochen nach Eingang des Antrags beim Präsidenten des Landtags zu erfolgen. Eine Aussprache findet nicht statt.

(2) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen kann jederzeit die Entlassung aus dem Amt verlangen. Der Präsident des Landtags spricht die Entlassung aus.

### **§ 18**

#### **Dienstsitz und Organisation**

(1) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen hat seinen Dienstsitz beim Landtag. Er untersteht der Dienstaufsicht des Präsidenten des Landtags.

(2) Dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen ist die für die Erfüllung seiner Aufgaben angemessene Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen.

(3) Auf Vorschlag des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen bestellt der Präsident des Landtags einen Vertreter im Amt.

(4) Die Ernennung oder Einstellung der für den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen tätigen Beamten und Tarifbeschäftigten sowie deren Entlassung erfolgt durch den Präsidenten des Landtags im Einvernehmen mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen. Entsprechende Versetzungen, Abordnungen und Umsetzungen nimmt der Präsident des Landtags im Einvernehmen mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen vor. Die für den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen tätigen Mitarbeiter unterstehen der Dienstaufsicht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen.

*(keine Änderungen vorgesehen)*

<p>(5) Die Haushaltsmittel des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen werden im Einzelplan des Landtags ausgewiesen.</p>	
<p><b>§ 19</b>  <b>Amtsverhältnis</b>  (1) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen steht nach Maßgabe dieses Gesetzes in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis zum Land und erhält Amtsbezüge in Höhe der einem Landesbeamten der Besoldungsgruppe B 3 in Thüringen jeweils zustehenden Besoldung. Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, finden die Vorschriften für Beamte des Landes mit Ausnahme des Thüringer Laufbahngesetzes entsprechende Anwendung.  (2) Hat der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen neben den Ansprüchen auf Amtsbezüge Ansprüche aus einer aktiven oder früheren Verwendung in einem Amts- oder Dienstverhältnis im öffentlichen Dienst oder aufgrund eines früheren Mandats in einer gesetzgebenden Körperschaft, die keiner Ruhens- oder Kürzungsregelung unterworfen werden, werden die Amtsbezüge um den Ruhensbetrag gekürzt, der bei sinngemäßer Anwendung des § 70 des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes (ThürBeamtVG) entsteht.  (3) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen hat bei seinem Ausscheiden Anspruch auf Ruhegehalt aus dem Amtsverhältnis für die Zeit im Amtsverhältnis wie ein Beamter auf Zeit in entsprechender Anwendung des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes, sofern die Voraussetzungen des § 11 Abs. 1 ThürBeamtVG vorliegen. Die Zeit im Amtsverhältnis steht dabei einer Zeit im Beamtenverhältnis, der Anspruch auf Ruhegehalt aus dem Amtsverhältnis dem Anspruch auf Ruhegehalt aus einem Beamtenverhältnis gleich. Der Anspruch auf Ruhegehalt ruht bis zum Erreichen der in § 25</p>	<p style="text-align: center;"><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>

<p>Abs. 2 Satz 1 oder § 25 Abs. 3 des Thüringer Beamtengesetzes für die Beamten bestimmten Regelaltersgrenze.</p> <p>(4) Das Amtsverhältnis beginnt mit der Aushändigung der Urkunde über die Bestellung durch den Präsidenten des Landtags. Der Präsident des Landtags verpflichtet den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen vor dem Landtag, sein Amt gerecht und unparteiisch zu führen, das Grundgesetz, die Verfassung des Freistaats Thüringen sowie die Gesetze zu wahren und zu verteidigen.</p> <p>(5) Das Amtsverhältnis endet:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. mit dem Ablauf der Amtszeit,</li> <li>2. durch Tod,</li> <li>3. durch Abberufung nach § 17 Abs. 1,</li> <li>4. mit der Entlassung auf Verlangen nach § 17 Abs. 2 oder</li> <li>5. im Fall einer länger als sechs Monate dauernden Verhinderung mit der Bestellung eines Nachfolgers.</li> </ol> <p>(6) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen darf nicht einer Regierung, einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes oder einem entsprechenden Organ der Europäischen Union oder einer kommunalen Vertretungskörperschaft angehören. Er darf neben seinem Amt kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichts- oder dem Verwaltungsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.</p>	
<p><b>§20</b>  <b>Befugnisse des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Aufgaben des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen sind,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. darauf hinzuwirken, dass das in § 1 Abs. 1 genannte Ziel verwirklicht und die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sowie andere Rechtsvorschriften zugunsten von Menschen mit Behinderungen eingehalten werden,</li> </ol>	<p><b>§20</b>  <b>Befugnisse des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Aufgaben des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen sind,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. darauf hinzuwirken, dass das in § 1 Abs. 1 genannte Ziel verwirklicht und die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes, die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sowie</li> </ol>

2. die in den §§ 9 und 10 Abs. 6 genannten Mitwirkungspflichten zu erfüllen,  
3. Träger der öffentlichen Gewalt sowie private Institutionen bei der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu beraten,  
4. landesweit Behörden, Verbände, Institutionen und Bürger zu Fragen der barrierefreien Raum-, Verkehrs-, Dokumenten- und Internetgestaltung zu schulen und zu beraten und hierfür eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit einzurichten,  
5. darauf hinzuwirken, dass geschlechtsspezifische behinderungsbedingte Benachteiligungen abgebaut und verhindert werden,  
6. Ansprechpartner für die individuellen und allgemeinen Probleme von Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen und von Verbänden, Institutionen und Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen zu sein,  
7. Öffentlichkeitsarbeit insbesondere mit dem Ziel zu betreiben, das Verständnis der Allgemeinheit für Menschen mit Behinderungen zu erweitern,  
8. dem Landtag und der Landesregierung einmal in der Legislaturperiode bzw. spätestens aller fünf Jahre über seine Tätigkeit schriftlich und mündlich Bericht zu erstatten,  
9. in regionalen und überregionalen Gremien mitzuarbeiten,  
10. eng mit Verbänden, Institutionen und Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen zusammenzuarbeiten und  
11. die Geschäftsstelle des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen zu leiten.  
(2) Die Träger der öffentlichen Gewalt unterstützen den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Sie erteilen ihm auf Ersuchen die erforderlichen Auskünfte

andere Rechtsvorschriften zugunsten von Menschen mit Behinderungen eingehalten werden,  
2. die in den §§ 9 und 10 Abs. 6 genannten Mitwirkungspflichten zu erfüllen,  
3. Träger der öffentlichen Gewalt sowie private Institutionen bei der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu beraten,  
4. landesweit Behörden, Verbände, Institutionen und Bürger zu Fragen der barrierefreien Raum-, Verkehrs-, Dokumenten- und Internetgestaltung zu schulen und zu beraten und hierfür eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit einzurichten,  
5. darauf hinzuwirken, dass geschlechtsspezifische behinderungsbedingte Benachteiligungen abgebaut und verhindert werden,  
6. Ansprechpartner für die individuellen und allgemeinen Probleme von Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen und von Verbänden, Institutionen und Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen zu sein,  
7. Öffentlichkeitsarbeit insbesondere mit dem Ziel zu betreiben, das Verständnis der Allgemeinheit für Menschen mit Behinderungen zu erweitern,  
8. dem Landtag und der Landesregierung einmal in der Legislaturperiode bzw. spätestens aller fünf Jahre über seine Tätigkeit schriftlich und mündlich Bericht zu erstatten,  
9. in regionalen und überregionalen Gremien mitzuarbeiten,  
10. eng mit Verbänden, Institutionen und Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen zusammenzuarbeiten und  
11. den Vorsitz des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen zu führen und dessen Geschäftsstelle zu leiten.  
(2) Die Träger der öffentlichen Gewalt unterstützen den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen

<p>und gewähren Akteneinsicht unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften. Der Landesbeauftragte kann die Träger der öffentlichen Gewalt um</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. mündliche oder schriftliche Auskünfte,</li> <li>2. Einsicht in Akten und Unterlagen sowie</li> <li>3. Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen ersuchen, soweit dies zur Bearbeitung einer Aufgabe nach Absatz 1 notwendig ist.</li> </ol> <p>Die gleichen Befugnisse bestehen gegenüber Privaten, soweit sie öffentliche Aufgaben unter maßgeblichem Einfluss des Landes wahrnehmen. Den Ersuchen des Landesbeauftragten ist unverzüglich nachzukommen. Die Wahrnehmung der Rechte nach Satz 3 unterliegt den für den Petitionsausschuss geltenden Schranken.</p> <p>(3) Stellt der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen Verstöße gegen die in Absatz 1 Nr. 1 genannten Rechtsvorschriften fest, fordert er zur Stellungnahme innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist auf und beanstandet nötigenfalls</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Verstöße der Landesverwaltung gegenüber der zuständigen obersten Landesbehörde und</li> <li>2. die Verstöße sonstiger Träger der öffentlichen Gewalt jeweils gegenüber dem vertretungsberechtigten Organ.</li> </ol> <p>Mit der Beanstandung können Vorschläge zur Beseitigung der Verstöße und zur Verbesserung der Umsetzung des Benachteiligungsverbots von Menschen mit Behinderungen verbunden werden.</p>	<p>bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Sie erteilen ihm auf Ersuchen die erforderlichen Auskünfte und gewähren Akteneinsicht unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften. Der Landesbeauftragte kann die Träger der öffentlichen Gewalt um</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. mündliche oder schriftliche Auskünfte,</li> <li>2. Einsicht in Akten und Unterlagen sowie</li> <li>3. Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen ersuchen, soweit dies zur Bearbeitung einer Aufgabe nach Absatz 1 notwendig ist.</li> </ol> <p>Die gleichen Befugnisse bestehen gegenüber Privaten, soweit sie öffentliche Aufgaben unter maßgeblichem Einfluss des Landes wahrnehmen. Den Ersuchen des Landesbeauftragten ist unverzüglich nachzukommen. Die Wahrnehmung der Rechte nach Satz 3 unterliegt den für den Petitionsausschuss geltenden Schranken.</p> <p>(3) Stellt der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen Verstöße gegen die in Absatz 1 Nr. 1 genannten Rechtsvorschriften fest, fordert er zur Stellungnahme innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist auf und beanstandet nötigenfalls</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Verstöße der Landesverwaltung gegenüber der zuständigen obersten Landesbehörde und</li> <li>2. die Verstöße sonstiger Träger der öffentlichen Gewalt jeweils gegenüber dem vertretungsberechtigten Organ.</li> </ol> <p>Mit der Beanstandung können Vorschläge zur Beseitigung der Verstöße und zur Verbesserung der Umsetzung des Benachteiligungsverbots von Menschen mit Behinderungen verbunden werden.</p>
<p><b>§ 21</b> <b>Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen beruft einmal in fünf Jahren oder aufgrund eines Landtagsbeschlusses auf Vorschlag von Verbänden und Institutionen, zu deren satzungsgemäßen</p>	<p><b>§ 21</b> <b>Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen beruft einmal in fünf Jahren oder aufgrund eines Landtagsbeschlusses auf Vorschlag von Verbänden und Institutionen, zu deren satzungsgemäßen</p>

<p>Aufgaben die Durchsetzung der Belange von Menschen mit Behinderungen gehört, einen Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen. Vorschlagsberechtigt sind landesweit tätige Verbände und Institutionen von Menschen mit Behinderungen, die sich bei dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen registrieren lassen. Im Zweifelsfall kann der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen die Vorlage der Satzung oder des Organisationsstatus verlangen. Die vorschlagsberechtigten Verbände und Institutionen sind rechtzeitig über den Berufungstermin zu unterrichten.</p> <p>(2) Dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen gehören als stimmberechtigte Mitglieder der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen und jeweils ein Vertreter von sechzehn Verbänden und Institutionen von Menschen mit Behinderungen mit Sitz in Thüringen an, zu deren satzungsgemäßen Aufgaben die Durchsetzung der Belange von Menschen mit Behinderungen gehören. Dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen gehören außerdem die folgenden, nicht stimmberechtigten Mitglieder an:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ein Vertreter des für Sozialrecht zuständigen Ministeriums,</li> <li>2. ein Vertreter des für Schulwesen zuständigen Ministeriums,</li> <li>3. ein Vertreter des für Bauwesen zuständigen Ministeriums,</li> <li>4. zwei Vertreter der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.,</li> <li>5. jeweils ein Vertreter der Fraktionen des Landtags,</li> <li>6. ein Vertreter des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen e. V.,</li> <li>7. ein Vertreter des Thüringischen Landkreistags e. V.,</li> <li>8. ein Vertreter der Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen,</li> <li>9. ein Vertreter der Gewerkschaften,</li> <li>10. ein Vertreter der Industrie- und Handelskammern in Thüringen,</li> <li>11. ein Vertreter der Handwerkskammern in Thüringen und</li> <li>12. ein Vertreter der Architektenkammer Thüringen.</li> </ol>	<p>Aufgaben die Durchsetzung der Belange von Menschen mit Behinderungen gehört, einen Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen. Vorschlagsberechtigt sind landesweit tätige Verbände und Institutionen von Menschen mit Behinderungen, die sich bei dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen registrieren lassen. Im Zweifelsfall kann der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen die Vorlage der Satzung oder des Organisationsstatus verlangen. Die vorschlagsberechtigten Verbände und Institutionen sind rechtzeitig über den Berufungstermin zu unterrichten.</p> <p>(2) Dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen gehören als stimmberechtigte Mitglieder der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen und jeweils ein Vertreter von sechzehn Verbänden und Institutionen von Menschen mit Behinderungen mit Sitz in Thüringen an, zu deren satzungsgemäßen Aufgaben die Durchsetzung der Belange von Menschen mit Behinderungen gehören. Dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen gehören außerdem die folgenden, nicht stimmberechtigten Mitglieder an:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ein Vertreter des für Sozialrecht zuständigen Ministeriums,</li> <li>2. ein Vertreter des für Schulwesen zuständigen Ministeriums,</li> <li>3. ein Vertreter des für Bauwesen zuständigen Ministeriums,</li> <li>4. zwei Vertreter der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.,</li> <li>5. jeweils ein Vertreter der Fraktionen des Landtags,</li> <li>6. ein Vertreter des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen e. V.,</li> <li>7. ein Vertreter des Thüringischen Landkreistags e. V.,</li> <li>8. ein Vertreter der Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen,</li> <li>9. ein Vertreter der Gewerkschaften,</li> <li>10. ein Vertreter der Industrie- und Handelskammern in Thüringen,</li> <li>11. ein Vertreter der Handwerkskammern in Thüringen und</li> <li>12. ein Vertreter der Architektenkammer Thüringen.</li> </ol>
--	--

<p>(3) Die nicht stimmberechtigten Mitglieder nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen teil.</p> <p>(4) Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen berät den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in allen Angelegenheiten, die Menschen mit Behinderungen betreffen. Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen kann Empfehlungen für die Arbeit der Landesregierung geben. Die Empfehlungen sind der Landesregierung schriftlich von dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen zu übermitteln.</p> <p>(5) Die Mitglieder des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen sind rechtzeitig zu den Sitzungen einzuladen. Das Nähere regeln die Geschäfts- und die Wahlordnung des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen.</p>	<p>(3) Die nicht stimmberechtigten Mitglieder nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen teil.</p> <p>(4) Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesbeirates für Menschen mit Behinderung wählen bei ihrem Berufungstermin aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Landesbeirates für Menschen mit Behinderungen.</p> <p>(5) Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen berät den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in allen Angelegenheiten, die Menschen mit Behinderungen betreffen. Der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen kann Empfehlungen für die Arbeit der Landesregierung geben. Die Empfehlungen sind der Landesregierung schriftlich von dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen zu übermitteln.</p> <p>(6) Die Mitglieder des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen sind rechtzeitig zu den Sitzungen einzuladen. Die Sitzungen des Landesbeirates müssen barrierefrei sein. Das Nähere regeln die Geschäfts- und die Wahlordnung des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen.</p>
<p><b>§22</b>  <b>Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, Landesarbeitsgemeinschaft der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte berufen für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich einen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. Kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften können einen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen berufen. Neben diesen Beauftragten können die Landkreise, kreisfreien Städte, kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften für ihren Zuständigkeitsbereich einen Beirat für Menschen mit Behinderungen einrichten.</p>	<p><b>§22</b>  <b>Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, Landesarbeitsgemeinschaft der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen</b></p> <p>(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte sowie kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern berufen für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich einen hauptamtlichen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen. <del>Kreisangehörige Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften können einen Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen</del> berufen. Neben diesen Beauftragten können die Landkreise, kreisfreien Städte, kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften für ihren Zuständigkeitsbereich einen Beirat für Menschen</p>

<p>(2) Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sind hinsichtlich dieses Aufgabenbereichs fachlich unabhängig und weisungsfrei. Sie sollen jeweils dem Landrat, dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister oder dem Gemeinschaftsvorsitzenden direkt zugeordnet sein und über eine angemessene Personal- und Sachausstattung verfügen.</p> <p>(3) Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sind von der Stadt-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung oder der Verwaltungsgemeinschaft an allen die Belange von Menschen mit Behinderungen berührenden Maßnahmen zu beteiligen, insbesondere an den in § 9 Abs. 1 genannten Vorhaben. Kommt es bei der Ausübung des Amtes zu Meinungsverschiedenheiten, haben die Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen jederzeit das Recht, sich an den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen zu wenden und diesen zu beteiligen.</p> <p>(4) Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen haben insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Teilnahme an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats, des Kreistages, des Gemeinderates oder der Gemeinschaftsversammlung,</li> <li>2. Erfüllung der in § 9 Abs. 1 genannten Mitwirkungspflichten,</li> <li>3. Mitwirkung an dem in § 6 Abs. 2 genannten Maßnahmenplan,</li> <li>4. Erstattung eines Tätigkeitsberichts gegenüber dem Stadtrat oder Kreistag einmal in deren Wahlperiode,</li> <li>5. Beratung des Stadtrats oder Kreistags und der jeweiligen Verwaltung bei der Umsetzung der Ziele dieses Gesetzes,</li> <li>6. Beratung von Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen sowie Verbänden von Menschen mit Behinderungen in individuellen und allgemeinen Angelegenheiten,</li> <li>7. Wahrung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern mit Behinderungen,</li> </ol>	<p>mit Behinderungen einrichten.</p> <p>(2) Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sind hinsichtlich dieses Aufgabenbereichs fachlich unabhängig und weisungsfrei. Sie sollen jeweils dem Landrat, dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister oder dem Gemeinschaftsvorsitzenden direkt zugeordnet sein und über eine angemessene Personal- und Sachausstattung verfügen.</p> <p>(3) Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen sind von der Stadt-, Kreis- oder Gemeindeverwaltung oder der Verwaltungsgemeinschaft an allen die Belange von Menschen mit Behinderungen berührenden Maßnahmen zu beteiligen, insbesondere an den in § 9 Abs. 1 genannten Vorhaben. Kommt es bei der Ausübung des Amtes zu Meinungsverschiedenheiten, haben die Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen jederzeit das Recht, sich an den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen zu wenden und diesen zu beteiligen.</p> <p>(4) Kommunale Beauftragte für Menschen mit Behinderungen haben insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Teilnahme an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats, des Kreistages, des Gemeinderates oder der Gemeinschaftsversammlung,</li> <li>2. Erfüllung der in § 9 Abs. 1 genannten Mitwirkungspflichten,</li> <li>3. Mitwirkung an dem in § 6 Abs. 2 genannten Maßnahmenplan,</li> <li>4. Erstattung eines Tätigkeitsberichts gegenüber dem Stadtrat oder Kreistag einmal in deren Wahlperiode,</li> <li>5. Beratung des Stadtrats oder Kreistags und der jeweiligen Verwaltung bei der Umsetzung der Ziele dieses Gesetzes,</li> <li>6. Beratung von Menschen mit Behinderungen, deren Angehörigen sowie Verbänden von Menschen mit Behinderungen in individuellen und allgemeinen Angelegenheiten,</li> </ol>
---	---

<p>8. Zusammenarbeit mit Behörden, Verbänden und Institutionen,  9. Anforderung von behördlichen Auskünften sowie Einsichtnahme in Akten unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften und  10. Mitwirkung in regionalen und überregionalen Gremien.  (5) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen bildet zusammen mit den Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen eine Landesarbeitsgemeinschaft, deren Aufgabe der Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie die Aus- und Weiterbildung dieser Beauftragten im Sinne einer einheitlichen Beachtung bestehender Rechtsvorschriften zugunsten von Menschen mit Behinderungen ist. Die Landesarbeitsgemeinschaft gibt sich eine Geschäftsordnung.  (6) Die Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen haben das Recht, mindestens einmal jährlich an einer Aus- und Weiterbildung teilzunehmen.  (7) Ehrenamtliche Beauftragte sind in ihren Funktionen sowie ihren Rechten und Kompetenzen den hauptamtlichen Beauftragten gleichgestellt.  (8) Das Land fördert die Tätigkeit der hauptamtlich kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und der Beiräte für Menschen mit Behinderungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Ausgestaltung der Förderung bleibt einer Förderrichtlinie vorbehalten.</p>	<p>7. Wahrung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern mit Behinderungen,  8. Zusammenarbeit mit Behörden, Verbänden und Institutionen,  9. Anforderung von behördlichen Auskünften sowie Einsichtnahme in Akten unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften und  10. Mitwirkung in regionalen und überregionalen Gremien.  (5) Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen bildet zusammen mit den Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen eine Landesarbeitsgemeinschaft, deren Aufgabe der Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie die Aus- und Weiterbildung dieser Beauftragten im Sinne einer einheitlichen Beachtung bestehender Rechtsvorschriften zugunsten von Menschen mit Behinderungen ist. Die Landesarbeitsgemeinschaft gibt sich eine Geschäftsordnung.  (6) Die Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen haben das Recht, mindestens einmal jährlich an einer Aus- und Weiterbildung teilzunehmen.  (7) Ehrenamtliche Beauftragte sind in ihren Funktionen sowie ihren Rechten und Kompetenzen den hauptamtlichen Beauftragten gleichgestellt.  (8) Das Land fördert die Tätigkeit der hauptamtlich kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und der Beiräte für Menschen mit Behinderungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Die Ausgestaltung der Förderung bleibt einer Förderrichtlinie vorbehalten.</p>
<p><b>§ 23</b>  <b>Rechtsschutz durch Verbände</b>  Werden Menschen mit Behinderungen in ihren Rechten nach diesem Gesetz verletzt, können an ihrer Stelle und mit ihrem Einverständnis Verbände klagen, die nach ihrer Satzung Menschen mit Behinderungen auf Landesebene vertreten und nicht selbst am Prozess beteiligt sind. In diesen Fällen müssen</p>	<p><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>

<p>alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch den Menschen mit Behinderungen selbst vorliegen.</p>	
<p><b>§ 24</b> <b>Verbandsklagerecht</b></p> <p>(1) Ein nach Absatz 3 anerkannter Verband kann gegen einen Träger der öffentlichen Gewalt, ohne in seinen Rechten verletzt zu sein, Klage nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung oder des Sozialgerichtsgesetzes erheben auf Feststellung eines Verstoßes</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. gegen das Benachteiligungsverbot nach § 8 Abs. 1,</li> <li>2. gegen die Verpflichtung des Landes zur Herstellung der Barrierefreiheit nach § 10 Abs. 1 bis 5, § 13 Abs. 3 bis 5, § 14 Abs. 1 und § 15 oder</li> <li>3. gegen Vorschriften des Landesrechts, die einen Anspruch auf Herstellung der Barrierefreiheit im Sinne des § 5 vorsehen.</li> </ol> <p>Satz 1 gilt nicht, wenn eine Maßnahme aufgrund einer Entscheidung in einem verwaltungs- oder sozialgerichtlichen Streitverfahren erlassen worden ist sowie für Entscheidungen der Bauaufsichtsbehörden im Vollzug der Thüringer Bauordnung.</p> <p>(2) Soweit ein Mensch mit Behinderung selbst seine Rechte durch eine Gestaltungs- oder Leistungsklage verfolgen kann oder hätte verfolgen können, kann die Klage nach Absatz 1 nur erhoben werden, wenn der Verband geltend macht, dass es sich bei der Maßnahme um einen Fall von allgemeiner Bedeutung handelt und der Betroffene zugestimmt hat. Dies ist insbesondere der Fall, wenn eine Vielzahl gleichgelagerter Fälle vorliegt.</p> <p>(3) Die Anerkennung eines Verbandes nach Absatz 1 wird auf Vorschlag des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen durch das für Sozialrecht zuständige Ministerium erteilt. Sie ist zu erteilen, wenn der Verband</p>	<p><b>§ 24</b> <b>Verbandsklagerecht</b></p> <p>(1) Ein nach Absatz 3 anerkannter Verband kann gegen einen Träger der öffentlichen Gewalt, ohne in seinen Rechten verletzt zu sein, Klage nach Maßgabe der Verwaltungsgerichtsordnung oder des Sozialgerichtsgesetzes erheben auf Feststellung eines Verstoßes</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. gegen das Benachteiligungsverbot nach § 8 Abs. 1,</li> <li>2. gegen die Verpflichtung des Landes zur Herstellung der Barrierefreiheit nach § 10 Abs. 1 bis 5, § 12 Abs. 3 bis 6, §§13 und 14 oder</li> <li>3. gegen Vorschriften des Landesrechts, die einen Anspruch auf Herstellung der Barrierefreiheit im Sinne des § 5 vorsehen.</li> </ol> <p>Satz 1 gilt nicht, wenn eine Maßnahme aufgrund einer Entscheidung in einem verwaltungs- oder sozialgerichtlichen Streitverfahren erlassen worden ist sowie für Entscheidungen der Bauaufsichtsbehörden im Vollzug der Thüringer Bauordnung.</p> <p>(2) Soweit ein Mensch mit Behinderung selbst seine Rechte durch eine Gestaltungs- oder Leistungsklage verfolgen kann oder hätte verfolgen können, kann die Klage nach Absatz 1 nur erhoben werden, wenn der Verband geltend macht, dass es sich bei der Maßnahme um einen Fall von allgemeiner Bedeutung handelt und der Betroffene zugestimmt hat. Dies ist insbesondere der Fall, wenn eine Vielzahl gleichgelagerter Fälle vorliegt.</p> <p>(3) Die Anerkennung eines Verbandes nach Absatz 1 wird auf Vorschlag des Landesbeirats für Menschen mit Behinderungen durch das für Sozialrecht zuständige Ministerium erteilt. Sie ist zu erteilen, wenn der Verband</p>

<p>1. nach seiner Satzung ideell und nicht nur vorübergehend vorwiegend die Belange von Menschen mit Behinderungen fördert,  2. zum Zeitpunkt der Anerkennung mindestens drei Jahre besteht und in diesem Zeitraum im Sinne der Nummer 1 tätig war,  3. die Gewähr für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung bietet; dabei sind die Mitgliederstruktur sowie die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu berücksichtigen und  4. der Verfolgung gemeinnütziger Zwecke nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftsteuer steuerbefreit ist.</p>	<p>1. nach seiner Satzung ideell und nicht nur vorübergehend vorwiegend die Belange von Menschen mit Behinderungen fördert,  2. zum Zeitpunkt der Anerkennung mindestens drei Jahre besteht und in diesem Zeitraum im Sinne der Nummer 1 tätig war,  3. die Gewähr für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung bietet; dabei sind die Mitgliederstruktur sowie die Leistungsfähigkeit des Verbandes zu berücksichtigen und  4. der Verfolgung gemeinnütziger Zwecke nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftssteuergesetzes von der Körperschaftsteuer steuerbefreit ist.</p>
<p><b>§25  Zentrale Steuerungsstelle</b>  (1) Das für Sozialrecht zuständige Ministerium ist innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Landesregierung für die Steuerung und Koordinierung des Prozesses zur Erreichung der Ziele nach diesem Gesetz verantwortlich; davon bleiben die Zuständigkeiten und die Verantwortung der anderen Ressorts der Landesregierung unberührt. Das für Sozialrecht zuständige Ministerium gestaltet die Zusammenarbeit mit dem Landtag zur Wahrung dessen verfassungsrechtlicher Stellung kooperativ.  (2) Zur fachlichen Abstimmung arbeitet die zentrale Steuerungsstelle eng mit den jeweiligen Ressorts der Landesregierung zusammen.</p>	<p style="text-align: center;"><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>
<p><b>§26  Berichtspflichten, Evaluation</b>  (1) Die Landesregierung berichtet dem Landtag einmal in der Legislaturperiode durch das für Sozialrecht zuständige Ministerium über die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie bezieht dabei den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen</p>	<p style="text-align: center;"><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>

<p>mit ein  (2) Die Landesregierung evaluiert unter Beteiligung des Landtags, der einen eigenen Bericht vorlegen kann, die Wirkung des Gesetzes alle sechs Jahre und berichtet dem Landtag alle sechs Jahre durch das für Sozialrecht zuständige Ministerium über das Ergebnis der Evaluation. Der Bericht erfolgt erstmals spätestens 2024 und muss auch Angaben zum Stand der Barrierefreiheit der Bestandsgebäude nach § 10 Abs. 2 und Angaben zu den Kostenfolgen des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen für die Kommunen enthalten.  (3) Dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen ist im Rahmen der Beratungen des Landtags Gelegenheit zur Stellungnahme zu den in den Absätzen 1 und 2 genannten Berichten zu geben.</p>	
<p><b>§ 27</b>  <b>Gleichstellungsbestimmung</b>  Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils für alle Geschlechter.</p>	<p><i>(keine Änderungen vorgesehen)</i></p>